



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Kristan Freiherr von Waldenfels, Maximilian Böttl, Daniel Artmann, Konrad Baur, Dr. Stefan Ebner, Judith Gerlach, Josef Heisl, Dr. Gerhard Hopp, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Joachim Konrad, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzinger, Jenny Schack, Andreas Schalk, Werner Stieglitz, Martin Stock, Peter Wachler CSU

Drs. 19/9483, 19/10727

Finanzielle Bildung an allen Schulen stärken

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die finanzielle Bildung an allen Schularten im Freistaat deutlich zu stärken. Ziel ist es, Schülerinnen und Schüler frühzeitig zu einem verantwortungsbewussten und reflektierten Umgang mit Geld, Konsum und Vermögensbildung zu befähigen. Finanzielle Bildung soll deshalb als fester Bestandteil des Unterrichts in allen Schularten – von der Grundschule bis zur beruflichen Bildung – gefestigt und schrittweise ausgebaut werden. Dabei sind Themen wie Haushaltsplanung, Schuldenprävention, Sparstrategien, Vermögensaufbau, Altersvorsorge und Chancen sowie Risiken digitaler Finanzangebote zu berücksichtigen.

Die Staatsregierung wird ferner aufgefordert, ein Pilotprojekt zur finanziellen Bildung zu initiieren. Im Rahmen dieses Pilotprojekts sollen ausgewählte Schulen aller Schularten in jedem Regierungsbezirk praxisorientierte Unterrichtseinheiten zur finanziellen Bildung erproben und deren Wirkung evaluieren. Auf Grundlage dieser Ergebnisse ist ein Konzept zur flächendeckenden Einführung zu entwickeln.

Der Landtag stellt fest, dass die Schulen bereits heute stark belastet sind und es daher entscheidend ist, sie bei der Umsetzung zu entlasten. Daher sollen die bestehenden Kooperationsmöglichkeiten von Schulen mit externen Partnern liberalisiert werden, damit eine enge Zusammenarbeit mit lokal etablierten Institutionen, insbesondere aus der regionalen Banken- und Sparkassenlandschaft, den Verbraucherzentralen, ergänzend auch Schuldnerberatung z. B. der karitativen Verbände, sowie weiteren fachkundigen Bildungsträgern, wie bereits existierenden, spezialisierten Start-ups, möglich wird. Diese Partner können praxisnahe, werbefreie und fachkundige Informationsangebote in den Unterricht einbringen und ergänzende digitale Lernangebote bereitstellen, wodurch die Schulen inhaltlich unterstützt und organisatorisch entlastet werden. Auf diese Weise kann finanzielle Bildung qualitativ hochwertig vermittelt werden, ohne die ohnehin stark beanspruchten Lehrkräfte zusätzlich zu überfordern.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident